



Dittrichring 24 · 04109 Leipzig  
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig  
Tel.: 0341 / 9 61 24 43  
Fax: 0341 / 9 61 24 99  
Internet: [www.runde-ecke-leipzig.de](http://www.runde-ecke-leipzig.de)  
E-mail: [mail@runde-ecke-leipzig.de](mailto:mail@runde-ecke-leipzig.de)

## **RICHTIGSTELLUNG**

Leipzig, den 02.01.2020

Unser Zeichen:LVZ-Richtigstellung-02.doc

### **zum Artikel „Klage eingereicht: Streit zwischen Stadt Leipzig und Bürgerkomitee eskaliert“ in der Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 28.12.2020, S. 9**

#### **Geschichte muss „zeigen wie es war“ und nicht wie wir es aus der jeweils gerade aktuellen Situation gern hätten.**

In der LVZ vom 28. Dezember 2020 polemisiert der Redakteur Mark Daniel erneut gegen die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ und deren Leiter Tobias Hollitzer sowie das Bürgerkomitee Leipzig e.V. als dessen Träger. Wie schon bei den vorangegangenen Veröffentlichungen arbeitet Mark Daniel wieder mit Halbwahrheiten, Auslassungen und Falschaussagen, um erneut einen falschen Eindruck über die Arbeit der Gedenkstätte zu erwecken. Auch zu diesem Beitrag ist daher die nachfolgende ausführliche Richtigstellung (oder neudeutsch: Fakten-Check) dringend geboten.

In dem Artikel wiederholt der Autor bereits vor Monaten getätigte und von ihm schon veröffentlichte Aussagen, in denen einzelne Personen fordern, die historische Ausstellung „Stasi- Macht und Banalität“ in der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ zu überarbeiten. Damit erweckt er den Eindruck, als seien dies neue Wortmeldungen. Dann wird der Gedenkstättenleiter als derjenige bezeichnet, der die Ausstellung nicht überarbeiten wolle. Der Artikel verschweigt bewußt, dass es auch bekannte Historiker gibt, die sich ausdrücklich und prinzipiell für den Erhalt dieser Ausstellung aussprechen, weil Sie sehr authentisch den Aufarbeitungsimpuls der Friedlichen Revolution vermittelt. So fordert bspw. Prof. Dr. Peter Steinbach (wiss. Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin), die Ausstellung als authentisches Zeitzeugnis unbedingt zu erhalten. Mark Daniel unterschlägt solche klaren Aussagen, die zeigen, dass die von ihm vertretene Position einer angeblich zwingend notwendigen Erneuerung der Dauerausstellung sehr umstritten ist. Dies hat mit seriösem Journalismus nicht mehr viel zu tun. Herr Daniel ist auch bekannt, dass eine umfangreiche Befragung von ca. 2.500 Besuchern der Gedenkstätte ebenso zu dem Ergebnis kam, die Ausstellung zu erhalten. Und nicht zuletzt sollte bedacht werden, dass die laut Herrn Daniel angeblich „umstrittene“ Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ seit Jahren zu den vier bestbesuchten Museen der Stadt Leipzig gehört – allein im Jahr 2019 nahmen über 138.000 Menschen aus dem In- und Ausland die Angebote der Gedenkstätte wahr. Die Mehrzahl der Ausstellungsbesucher teilt die vom Autor wiederholt vorgebrachte Kritik nicht. Viele Besucher dokumentieren dies mit entsprechend eindeutigen Einträgen im Gästebuch der Ausstellung. Auch die einschlägigen touristischen Bewertungsportale im Internet spiegeln weder massive Kritik noch die unterstellte Umstrittenheit der Ausstellung. Herr Daniel bleibt dem Leser auch schuldig zu sagen, was denn eigentlich umstritten sei. Die Grundaussage der Ausstellung? Die DDR mit ihrem Repressionsapparat als Unrechtsstaat?

Erneut kolportiert der Autor, „dass Historiker vor dem Verfall der Exponate“ warnen würden. Selbstverständlich ist der konservatorische Schutz der teilweise einmaligen musealen Objekte ein zentrales Anliegen und eine zentrale Aufgabe der Gedenkstätte, die für die wissenschaftliche Betreuung der Sammlung seit über zwanzig Jahren zwei studierte Museologen beschäftigt. Im weiteren Verlauf des Textes wird zwar auf „konservatorische Maßnahmen“ verwiesen, die in diesem Jahr

stattfinden, ohne aber einen Bezug zu der eingangs geübten Kritik herzustellen. Dass die historische Ausstellung für Ihren langfristigen Erhalt konservatorisch und restauratorisch gesichert werden muss, versteht sich für das Bürgerkomitee und die Gedenkstätte von selbst.

Das vom Autor zwar angeführte, mit verschiedenen externen Fachleuten erarbeitete, Entwicklungskonzept der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ sieht aber gerade nicht nur den Erhalt der historischen Ausstellung „Stasi – Macht und Banalität“ vor, sondern stellt ausdrücklich darauf ab, vertiefende und ergänzende, moderne Ausstellungsteile zu erarbeiten und diese künftig auf zusätzlicher Fläche zu präsentieren. Genau dieser Aspekt aber, wird im Artikel wieder unterschlagen, sodass bewusst der falsche Eindruck erweckt wird, der Trägerverein bestehe nur auf dem Erhalt der historischen Ausstellung. Dass der zusätzliche Platz, der für die vorgesehenen Ergänzungen und Kontextualisierungen der historischen Ausstellung notwendig ist, erst im Zusammenhang mit der geplanten Entwicklung des Areals der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung am früheren Matthäi-Kirchhof zu einem „Forum für Freiheit und Bürgerrechte“ zur Verfügung stehen wird, erwähnt der LVZ-Redakteur ebenfalls nicht, obwohl es ihm auf Anfrage schon vor über einem Jahr mitgeteilt worden war.

Das mit verschiedenen externen Fachleuten erarbeitete Entwicklungskonzept der Gedenkstätte, das auch Aussagen zur künftigen Nutzung von weiteren Räumen und Flächen auf dem Areal der ehemaligen Stasi-Zentrale am früheren Matthäi-Kirchhof enthält, so bspw. zum ehemaligen Stasi-Saalbau mit historischem Kinosaal und Kegelbahn, wurde im Auftrag der Stadt Leipzig erarbeitet und dem Kulturamt 2016 übergeben sowie im Kulturausschuss vorgestellt. In Abstimmung mit dem Kulturamt wurden drei Gutachter um eine Stellungnahme gebeten, unter anderem die Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Der Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat sich den Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirates und des Stiftungsbeirates angeschlossen und die grundsätzliche Umsetzung des Positionspapiers und Entwicklungskonzeptes für die Gedenkstätte Museum in der ‚Runden Ecke‘ empfohlen“.

Die beiden anderen „Gutachten“ wurden uns vom Kulturamt erst nach längerem Drängen und nachdem der LVZ-Redakteur daraus bereits zitiert hatte, anonymisiert und nur in Auszügen zugänglich gemacht. Dass wir auf derartige „non-paper“ nicht reagieren, versteht sich von selbst. Seit nunmehr fast einem Jahr warten wir auf die Übergabe der vollständigen Papiere, damit wir uns mit der vorgebrachten Kritik sachgerecht und angemessen auseinandersetzen können. Schon jetzt aber ist aus den bisher bekannten Teilen ersichtlich, dass sich die Autoren im Sinne des auftraggebenden Kulturamtes in einem unbegründeten Totalverriss des umfangreichen Entwicklungskonzeptes geübt haben, ohne sich wirklich inhaltlich mit dem gesamten Papier und den dort von verschiedenen Experten zusammengetragenen Argumenten und Ideen konkret auseinanderzusetzen. Die Aussage im Artikel „Der Verein kennt diese wissenschaftliche Einschätzung“ ist also auch wieder nicht richtig, denn weder kennen wir das komplette Papier noch können wir einschätzen, ob die Verfasser Wissenschaftler sind, da uns deren Namen und Funktionen mit der Begründung eines angeblich notwendigen Datenschutzes bewusst vorenthalten werden. Dem LVZ-Redakteur wurden die Papiere vom Kulturamt offenbar vollständig zugespielt.

In dem vom Leipziger Stadtrat am 31.05.2018 – also deutlich nach Vorlage der negativen Einschätzungen im Kulturamt – beschlossenen Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK 2030) steht an drei Stellen als städtische Aufgabe „Begleitung bei der Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Museum in der ‚Runden Ecke‘“. Gegenüber der LVZ erklärt die amtierende Leiterin des Kulturamtes Antje Brodhun: „Es gehe um die Begleitung bei der Umsetzung, ‚eine Bestätigung des Konzeptes lässt sich daraus nicht ableiten‘. Vergeblich habe das Amt versucht, dem Träger dies klarzumachen.“ Diese offenkundig in sich unlogische Aussage lässt der LVZ-Redakteur dankbar unkommentiert stehen, passt sie doch in seine Sicht der Dinge. Der vom Stadtrat beschlossene Auftrag „Begleitung bei der Umsetzung des Entwicklungskonzeptes“ inkludiert zwangsläufig auch den Beschluss des Konzeptes, dessen Umsetzung begleitet werden soll. Wie sonst sollte es möglich sein, ein nicht beschlossenes Konzept in seiner Umsetzung zu begleiten? Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass der Verwaltung mindestens ein halbes Jahr vor Beschluss des INSEK 2030 die kritischen Einschätzungen des Konzeptes vorlagen, ohne dass dies zu einer Änderung der Vorlage geführt hätte.

Als den zentralen Skandal versucht Mark Daniel in dem Artikel eine vom Bürgerkomitee Leipzig e.V. veranlasste gerichtliche Prüfung der Rechtmäßigkeit ausschließlich von Nebenbestimmungen im Fördermittelbescheid 2020 aufzubauchen. Er erweckt den Eindruck, als wäre das Bürgerkomitee Leipzig e.V. grundsätzlich gegen die Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirates zur Beratung des Vorstandes und der Gedenkstättenleitung bezüglich von Sammlungs- und Ausstellungskonzepten sowie Ausstellungs-drehbüchern. Das ganze Gegenteil ist der Fall: Obwohl bisher kein dem Kulturamt zugeordnetes städtisches Museum oder keine andere der vom Kulturamt geförderten Leipziger Kultureinrichtung und Soziokulturellen Zentren, die teilweise ein Mehrfaches an städtischer Förderung erhalten, einen entsprechenden wissenschaftlichen Beirat eingerichtet hat, wird die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit dem Museum im Stasi-Bunker sehr wohl einen solchen berufen. Der Widerspruch richtet sich gegen die Anmaßung des Kulturamtes, die personelle Besetzung und die Sitzungshäufigkeit des Beirates festlegen zu wollen. Außerdem sollen die Sitzungsprotokolle dem Kulturamt direkt zugestellt werden. Dass die Stadt Leipzig in eigener Sache aber ganz anders agiert, sieht man daran, dass diese die Kulturbürgermeisterin Skadi Jennicke (Die Linke) als stimmberechtigtes Mitglied in den neuen wissenschaftlichen Beirat für das künftige „Forum für Freiheit und Bürgerrechte“ auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale am früheren Matthäi-Kirchhof berufen hat. Das Bürgerkomitee Leipzig e.V. käme nicht auf die Idee, den Gedenkstättenleiter oder den Vorstandsvorsitzenden als stimmberechtigtes Mitglied

des künftigen wissenschaftlichen Beirates der „Runden Ecke“ zu berufen, aber die Besetzung und die Arbeitsweise des Beirates bestimmt der Verein schon selbst.

Bezüglich des Workshops geht es um die Forderung des Kulturamtes, das vorliegende Konzept so umzuarbeiten, dass die historische Ausstellung durch eine neue ersetzt wird. Da dies den Grundaussagen des Entwicklungskonzeptes widerspricht, das – wie schon dargestellt – bestätigt und Grundlage der weiteren Entwicklung der Gedenkstätte ist, konnte auch diese ohne jede Rücksprache mit dem Zuwendungsempfänger aufgenommene Nebenbestimmung nicht akzeptiert werden. Es sei auch darauf hingewiesen, dass kein Regisseur oder Intendant akzeptieren würde, dass durch das Kulturamt oder andere Geldgeber inhaltlich in sein Konzept eingegriffen wird. Diese Art der „Eingriffsverwaltung“ gehört der Vergangenheit an. Auch die Gedenkstättenkonzeption der Bundesrepublik Deutschland spricht sich dafür aus, „den dezentralen und pluralen Charakter der Gedenkstättenlandschaft zu festigen, der sich durch ein Neben- und Miteinander von ehrenamtlicher und professioneller Arbeit, lokaler, regionaler und überregionaler Verantwortungsübernahme sowie individuellem und kollektivem Engagement auszeichnet.“ Und respektiert ausdrücklich „die Unabhängigkeit der Gedenkstätten“. Der vorbereitete Workshop, der stattfinden wird, sobald die Infektionslage und die entsprechenden Corona-Schutzverordnungen es wieder zulassen, wird sich mit der Anpassung des Konzeptes vor dem Hintergrund der anstehenden Entwicklung des Areals der ehemaligen Stasi-Zentrale am früheren Matthäi-Kirchhof und die nun auch feststehenden Rahmenbedingungen bezüglich des künftigen Standortes des Stasi-Akten-Archivs befassen.

Die Aussage, „Nun spitzt sich der Konflikt zu: Die im Förderbescheid für 2020 formulierten Auflagen sieht die Kommune als nicht erfüllt an und hat einen nicht bezifferten Teil einbehalten“, entspricht auch nicht den Tatsachen. Es gibt aktuell keine Rechtsgrundlage dafür, denn von einer Zurückbehaltung von Fördermitteln ist an keiner Stelle des Bescheides die Rede. Der Zuwendungsbescheid für das Jahr 2020 ist bestandskräftig und die Fördermittel sind daher vollständig auszuzahlen. Über einen ggf. bestehenden Rückforderungsanspruch wäre nach Abschluss der gerichtlichen Prüfung zu entscheiden. Der Autor Mark Daniel hat vor der Veröffentlichung des Artikels keinerlei Fragen zu dem Themenkomplex Fördermittel und Zuwendungsbescheid an uns gestellt und uns damit auch keine Möglichkeit eingeräumt, unsere Sicht zu den erhobenen Vorwürfen darzustellen.

Die von Johannes Beleites erneut aus der Ferne vorgebrachten alarmistischen Vorwürfe sind haltlose Unterstellungen. Weder verweigert sich der Vorstand „solider Arbeit“ noch behält der namentlich von ihm angegriffene Gedenkstättenleiter „sein Wissen für sich und agiert autoritär“. Herr Beleites ist nicht in der Lage, die konkrete Situation vor Ort einzuschätzen, da er schon seit vielen Jahren nicht mehr in Leipzig lebt und sich bis vor reichlich einem Jahr nicht um die Belange des Vereins gekümmert, und jahrelang nicht einmal an Mitgliederversammlungen teilgenommen hat. Allein, dass er Tobias Hollitzer zum „Geschäftsführer“ erklärt, zeigt, dass er nur unzureichend informiert ist, denn diese Funktion gibt es im Verein nicht. Tobias Hollitzer ist Gedenkstättenleiter und wirkt ehrenamtlich im Vereinsvorstand mit. Der Verein und die Gedenkstätte arbeiten seit Jahren intensiv gemeinsam mit der Stadt und den anderen am künftigen „Forum für Freiheit und Bürgerrechte“ beteiligten Einrichtungen an Konzeptpapieren und entwickeln in verschiedenen Workshops Visionen. Regelmäßig tauscht sich der Vorstand über die aktuellen Entwicklungen aus und berät über weitere Schritte und Konzepte. Dafür erhält er vom Gedenkstättenleiter alle notwendigen Informationen. Auch mit den Mitarbeitern der Gedenkstätte berät sich Tobias Hollitzer regelmäßig. Dies war gerade aktuell im Zusammenhang mit den sich Corona-bedingt ständig ändernden Rahmenbedingungen und Anforderungen zwingend notwendig. Derart unbegründete pauschale Diffamierungen von Johannes Beleites sind vereinschädigend und haben nichts mit berechtigter Kritik zu tun, die der Vorstand angeblich „als feindlich“ betrachten würde.

Die Rolle der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ auf dem Areal, um die Herr Beleites sich aus der Ferne zu sorgen vorgibt, ist klar umrissen: Zusammen mit dem neuzubauenden künftigen Stasi-Unterlagen-Archiv für die sächsischen Stasi-Akten in Leipzig, künftig als regionaler Standort des Bundesarchivs, der gesetzlich „in die regionale Gedenkstättenlandschaft eingebunden“ sein muss, wird die Gedenkstätte der Nukleus des vom Leipziger Stadtrat beschlossenen „Forums für Freiheit und Bürgerrechte“ sein. Sie wird am authentischen Ort mit originalen Objekten, der historischen Ausstellung „Stasi-Macht und Banalität“ und der zur Friedlichen Revolution in Leipzig sowie ergänzenden modernen Ausstellungen auch künftigen Generationen vermitteln, wie die Staatssicherheit als „Schild und Schwert“ der SED-Diktatur eine ganze Gesellschaft überwacht und unterdrückt hat, warum die Menschen 1989 mit der Friedlichen Revolution diese Diktatur gewaltfrei beseitigt und die Stasi-Akten gesichert haben, die bis heute eine Grundlage für die Aufarbeitung der Wirkung und der Folgen der kommunistischen Diktatur in der DDR sind.

Zutreffend berichtet der LVZ-Redakteur, dass das Bürgerkomitee von der Sächsischen Staatsregierung 1,084 Millionen Euro aus dem SED-Vermögen, den sog. PMO-Mitteln in Aussicht gestellt bekam. Übrigens zur Umsetzung von Teilschritten aus dem genannten Entwicklungskonzept und auf Basis der Präsentation, die schon 2016 dem Kulturausschuss des Leipziger Stadtrates vorgelegen hatte. (Das wiederum schreibt Herr Daniel wieder nicht.) Zur konkreten Umsetzung der für insgesamt vier Jahre bis Ende 2022 zur Verfügung stehenden Mittel wurde mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kunst und Tourismus (SMWK) vereinbart, aufgrund der noch laufenden Abstimmungen und Planungen zur Entwicklung des Areals der ehemaligen Leipziger Stasi-Zentrale auf dem früheren Matthäi-Kirchhof zu einem „Forum für Freiheit und Bürgerrechte“

ausdrücklich nur Maßnahmen in denkmalgeschützten Bereichen vorzusehen und nichts zu planen, was darüber hinaus den Ergebnissen dieses Abstimmungs- und Planungsprozesses vorausgreifen würde. Alle mit den Projekten des Bürgerkomitees geplanten Maßnahmen beziehen sich auf Räumlichkeiten, die schon seit Jahren durch die Gedenkstätte genutzt werden und für die eine unbefristete Nutzungsvereinbarung mit der Stadt Leipzig besteht. Außerdem haben der Oberbürgermeister und das Bürgerkomitee Leipzig e.V. im September 2016 zur Beilegung des damaligen Konfliktes um die Nutzung des Stasi-Kinosals schriftlich vereinbart: „Stadt Leipzig und Bürgerkomitee Leipzig e.V. sind einmütig der Überzeugung, dass der denkmalgeschützte Saalbau der ehemaligen DDR-Staatssicherheit mit dem original erhaltenen Kinosaal, der Kegelbahn und weiteren Räumen ein wichtiger Ort der Erinnerungskultur ist und perspektivisch in der Weiterentwicklung authentisch zur Gedenkstätte Museum in der ‚Runden Ecke‘ gehört.“

Es bleibt also rätselhaft, wieso die Stadt Leipzig die vom Bürgerkomitee Leipzig vorgelegten Anträge zur denkmalgerechten Sanierung des Eingangsbereiches des Stasi-Saalbaus, der Peitschenlampen und dem historischen Kameramast vor dem Eingang „Runde Ecke“ oder der Stasi-Kegelbahn im Erdgeschoss des Saalbaus nicht unterstützen, sondern ohne jede Rücksprache mit der Gedenkstätte gegenüber dem SMWK ablehnen. Die von Herrn Daniel angesprochene negative Stellungnahme der Stadtverwaltung, die dem SMWK im September 2020 zugegangen seien und der LVZ vorliegen soll, kennen wir, als die, die die Förderanträge zusammen mit einem Architekten erarbeitet und gestellt haben, nicht. Der Autor des Beitrages hat uns auch zu dieser Thematik keinerlei Fragen gestellt und übernimmt stattdessen die Sichtweise des Kulturamtes kommentar- und kritiklos.

Auffällig dabei sei, so Mark Daniel: „Die vom Bürgerkomitee beantragten Bauvorhaben beschränken sich auf den Außen- und Eingangsbereich sowie den Keller. Bewilligt wurden die PMO-Mittel jedoch nicht zuletzt für den Umbau von Räumen, die Einrichtung eines Besuchercafés sowie die Restaurierung musealer Räumlichkeiten.“ Und genau darum geht es bei den genannten Anträgen: um die denkmalgerechte Sanierung und Restaurierung musealer Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Saalbaus und den Umbau von Räumlichkeiten, um Fläche für erste ergänzende Ausstellungsteile zu schaffen, die sich thematisch an der jeweiligen historischen Nutzung der Räumlichkeiten orientieren sollen. So geht es neben der historischen Stasi-Kegelbahn auch um die Räume der früheren Lebensmittelverkaufsstelle oder die Datenendstelle des zentralen Messdatenspeichers der Stasi. Auch Schaumagazine sollen eingerichtet werden. Dass das Kulturamt davon „irritiert“ ist, ist nicht verständlich. Das Bürgerkomitee wirbt über eine Millionen Euro Fördermittel u.a. für die denkmalgerechte Sanierung von Teilen des historischen Stasi-Saalbaus ein und das Kulturamt der Stadt Leipzig blockiert die Projektumsetzung, statt gemeinsam mit der Gedenkstätte diese ersten Schritte zu der seit Jahren geforderten Weiterentwicklung der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit Engagement zu unterstützen. Das ist der eigentliche Skandal, über den der Autor hätte berichten können und müssen.

Aber offenkundig verfolgt Mark Daniel – ebenso wie das Kulturamt und andere – seine ganz eigene Agenda zum „Umbau“, zur „Umgestaltung“ oder „Umstrukturierung“ der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ und des Bürgerkomitees, denn genau so übersetzt der Duden „Perestroika“, die er in einem persönlichen Kommentar neben dem Artikel fordert. Der von ihm am Ende seines Kommentars geäußerten Unterstellung, ohne die vorgenannte Umgestaltung im Bürgerkomitee und der von ihm getragenen Gedenkstätte „nehmen Leipzigs Ruf als Stadt der Friedlichen Revolution und das historische Tafelsilber immensen Schaden“ ist deutlich zu widersprechen. Nicht die Arbeit des Vereins sondern die Kampagne gegen den Trägerverein und die Gedenkstätte sind es, die Schaden anrichten. Es ist das Bürgerkomitee, das diesen Teil des „historischen Tafelsilbers“ seit 30 Jahren bewahrt und dies gegen die immer wieder erhobene Forderung nach einem Austausch oder Abbruch verteidigt hat und auch weiterhin verteidigen wird. Die allein im letzten Jahr über 138.000 Besucher der Angebote der Gedenkstätte tragen „Leipzigs Ruf als Stadt der Friedlichen Revolution“ ins Land und in die Welt. Dies soll auch künftig so sein und deshalb braucht das Bürgerkomitee Unterstützung durch die Leipziger Kulturverwaltung, damit es die Gedenkstätte als wichtigen Teil des künftigen „Forums für Freiheit und Bürgerrechte“ auf dem Areal der am 4. Dezember 1989 gewaltfrei besiegten Leipziger Stasi-Zentrale weiterentwickeln und ausbauen kann. Geschichte muss „zeigen wie es war“ und nicht wie wir es aus der jeweils gerade aktuellen Situation gern hätten.

Die Gedenkstätte ist Dank des Engagements des Vorstandes sowie von Tobias Hollitzer und des unter seiner Leitung arbeitenden Teams ein international anerkannter authentischer Ort der Erinnerung und der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur. Vieles ist auch der Beharrlichkeit zu verdanken, mit der wir diese Anliegen auch gegen Widerstände in Verwaltung und Politik immer wieder versuchen durchzusetzen.

Für den Gesamtvorstand

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Wenge  
Vorstandsvorsitzender